

Rede am 3. Februar 2016 zur geplanten Ortsumfahrungsstraße

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen,

zuvor noch eine kurze Anmerkung zu den vorherigen Ausführungen des Kollegen Bach: Der Kollege Bach von der CDU erwähnte, dass die Stadt allgemeine Investitionsmittel des Landes Hessen in Höhe von 437.000 EUR erwarten kann. Die kann man für den sozialen Wohnungsbau verwenden, für das Bürgerhaus Gustavsburg und viele andere sinnvolle Projekte. Der Kollege Bach geht aber – ohne mit der Wimper zu zucken – wie selbstverständlich davon aus, dass diese Mittel ausschließlich in den Stadtteil Ginsheim fließen sollen, und zwar dort zu 100 % in den Straßenbau.

Lieber Kollege Bach, ich darf Sie daran erinnern, dass unsere Stadt nicht nur aus einem Stadtteil besteht, und dass es in unserer Stadt nicht nur ein Thema gibt. Es gibt nämlich auch noch den Stadtteil Gustavsburg, und es gibt viele und vor allem viel dringlichere Anliegen als gerade die Ortsumfahrungsstraße, die sie nur noch als einzige in Ihrem Tunnelblick wahrnehmen.

Das Projekt der Ortsumfahrungsstraße in Ginsheim wurde 2006 beschlossen, gegen die Stimmen der Grünen.

Ich habe nochmals mir die seinerzeitige Beschlussvorlage und die ihr zu Grunde liegenden Daten und Prognosen von Dorsch Consult angesehen.

Danach - im Juni 2007 – führte Dorsch noch eine weitere Verkehrszählung durch. Das ist somit die bislang aktuellste.

Eine Verkehrsstromanalyse, die aufzeigt, wer genau fährt von wo nach wo, wurde nicht ausgeführt. Das wäre im Rahmen eines Verkehrskonzeptes nachzuholen, so wie SPD und Grüne es kürzlich beschlossen hatten.

Dennoch ergeben schon die vorliegenden Daten ein signifikantes Bild welches von der allgemeinen Wahrnehmung erheblich abweicht.

Durch die Zählung von Dorsch zwischen 6 bis 20 Uhr wurden im Querschnitt **4055 Kfz** erfasst.

Der Schwerverkehrsanteil betrug nur **2,3 %**

Gegenüber früheren Daten hatte sich der Verkehr **rückläufig** entwickelt.

In einem Diagramm wurde die Verteilung der Kfz auf Straßen und Straßenabschnitte dargestellt. Mir sind solche Diagramme bestens vertraut, weil das Marketing der DB ebenfalls mit solchen Querschnittsbelastungsdiagrammen arbeitet. Man kann hier daraus viel ersehen:

Es gibt **kaum** einen nennenswerten **Durchgangsverkehr**. Den insgesamt geringen Verkehr erzeugen **vor allem die Ginsheimer selbst**.

Die stärkste Belastung ist auf dem ganz kurzen Abschnitt der Rheinstraße zwischen der Volksbank-Filiale an der Gerhard-Hauptmann-Straße und der Abzweigung der Kreisstraße 201 nach Bischofsheim. Genau an dieser Stelle aber kann die geplante Umfahrungsstraße überhaupt gar keine Entlastung bringen.

Außerdem ist den Ordnungsbehörden bis heute kein Unfall-Schwerpunkt in Alt-Ginsheim bekannt, den es durch Straßenbau zu entschärfen gelte.

Soweit die Fakten.

Weder Zählungen noch Prognosen belegen annähernd die Notwendigkeit oder auch nur Zweckmäßigkeit einer zusätzlichen Straße in Ginsheim.

Möglicherweise besteht bei den Bürgern keine rechte Vorstellung davon, welche Fläche die geplante Straße in Anspruch nehmen soll. Der provisorische Abschnitt zum Standort des künftigen Feuerwehrhauses gibt dafür nämlich keinen zutreffenden Anhaltspunkt.

Tatsächlich soll **nicht nur eine** Straße gebaut werden, sondern **insgesamt drei nebeneinander**, nämlich eine Inspektionsstraße auf der Innenseite, die eigentliche L 3040 neu und schließlich noch eine Landwirtschaftsstraße. An den meisten Stellen nimmt das gesamte **Planum eine Breite von bis zu 34 m** ein.

Wie darf man sich eine Breite von 34 m vorstellen?

Frühmittelalterliche Schanz- und Wallanlagen hatten eine Breite von 20 bis 30 m. Damals ging es um den Schutz vor Feinden.

Von den Bischofsheimern droht heute keine Gefahr mehr. Jetzt würden sich die Ginsheimer selbst zum Feind machen, in dem sie sich von ihrer Umwelt abschneiden würden.

Nun könnte man sagen: „Egal – alles muss doch von Wiesbaden bezahlt werden“. Das ist aber ein **Denkfehler**.

Denn es handelt sich um ein **Tauschgeschäft**. Das **Land Hessen** hat gegenwärtig eine Baulast über **2 km aufwändig instand zu haltender Innerortsstraße „L 3040 alt“**. Die würde es gern eintauschen gegen **eine nur 1,6 Km lange und leicht instand zu haltende Außerortsstraße, nämlich die Ortsumfahrung „L 3040 neu“**.

Das ist **für das Land Hessen** offensichtlich ein **sehr vorteilhaftes Geschäft**.

Was wird dann aber aus den **2 km aufwändig instand zu haltender Innerortsstraße „L 3040 alt“**? Diese Frage klammern die Befürworter der Ortsumfahrungsstraße geflissentlich aus.

Das instandhaltungspflichtige Straßennetz der Stadt würde sich um eben diese 2 Km aufwändige Innerortsstraße „L 3040 alt“ **verlängern**.

Dabei schiebt die Stadt Ginsheim-Gustavsburg heute und seit Jahren die Sanierung ihres **schon vorhandenen** Straßennetzes vor sich her.

CDU und Freie Wähler versprechen, sie würden nach einer Entwidmung der alten L 3040 endlich die innerörtlichen Straßen umbauen.

Eine grundhafte Sanierung mit Umbauten schon von 2 Km alter L 3040 würde leicht 2 Millionen Euro kosten.

Von diesen 2 Millionen müsste die Stadt 700.000 Euro direkt finanzieren. Viele soziale und kulturelle Maßnahmen müssten dafür gekürzt werden.

Und die restlichen 1,3 Millionen?

Die würden per **Straßenbeitragssatzung** – gültig seit Januar 2015 - auf alle Hausbesitzer und letztlich auch Mieter des Stadtteil Ginsheims umgelegt werden.

Das ist dann nicht mehr das wohlfeile Abgreifen von Staatsknete, **sondern der Griff direkt in das Portemonnaie des Wählers**. Das sollte dieser vor seiner Wahlentscheidung auch erfahren können.